

Mühe scheuen, um dafür die besten Genossen zu finden, Genossen, die eng mit der Bevölkerung verbunden sind, die vorbildliche Leistungen in ihrem Beruf vollbringen und genügend Lebenserfahrung besitzen. Die Kandidaten unserer Partei müssen sich besonders durch hohe Moral auszeichnen und der Arbeiter- und Bauern-Macht treu ergeben sein.

III.

Den Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik geht die Rechenschaftslegung der Abgeordneten und der leitenden Staatsfunktionäre voraus. In der Pflicht der Abgeordneten zur Rechenschaftslegung kommt am sichtbarsten der demokratische Charakter unserer Volksvertretungen zum Ausdruck. Die Rechenschaftslegung ermöglicht die Kontrolle über die Tätigkeit der Abgeordneten durch die Wähler. In den Rechenschaftsversammlungen geben auch die Werktätigen ihre Erfahrungen bekannt, unterbreiten Vorschläge für die weitere Arbeit und helfen durch ihre Kritik, Fehler und Mißstände zu beseitigen.

Bei der Rechenschaftslegung können die Abgeordneten von bedeutenden Erfolgen im ersten Fünfjahrplan berichten. Sie werden das mit den Fortschritten und Errungenschaften in jedem Betriebe, in jeder Stadt und Gemeinde verbinden. Um den Wählern die nächsten Aufgaben zu erläutern, ist es notwendig, von den Beschlüssen des 30. Plenums und dem Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht auszugehen. Die Präambel dieses Gesetzes ist für den Abgeordneten die Grundlage, von der er ausgeht, wenn er den Wählern die Rolle und die Aufgaben der örtlichen Volksvertretungen als wichtige Organe unserer Arbeiter- und Bauern-Macht erklärt.

Die Rechenschaftslegung der Abgeordneten muß verbunden werden mit der Stellungnahme zu den nächsten Aufgaben in den Kreisen, Städten und Gemeinden bei der Erhöhung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft, der Mobilisierung der örtlichen Reserven, der zusätzlichen Produktion von Massenbedarfsgütern in der örtlichen Industrie, der zusätzlichen Produktion von Baumaterial für den Wohnungsbau usw. Bereits bei der Vorbereitung der Wahlen können verschiedene Maßnahmen eingeleitet werden, um im Rahmen des Nationalen Aufbauwerks den Wohnungsbau voranzubringen, Reparaturen an Wohnungen durchzuführen und die Städte und Gemeinden zu verschönern. Die bisherigen Ergebnisse des Nationalen Aufbauwerks zeigen die großen Möglichkeiten, die in der Weckung der Initiative der Bevölkerung liegen. So half z. B. die Bevölkerung im Bezirk Suhl im Jahre 1953 mit 989 567 und 1956 mit 1 572 762 Aufbaustunden im Nationalen Aufbauwerk. Das sind allein im Jahre 1956 Werte von 2 380 036 DM. Die Gemeinde Martinroda im Bezirk Suhl hat in den vergangenen Jahren das gesamte Straßennetz des Ortes neu gebaut, einen Kindergarten mit 22 Plätzen eingerichtet und 1956 ein Wohngebäude im Werte von 70 000 DM errichtet. Ähnliches läßt sich aus allen Bezirken berichten. Diese Beispiele werden bei der Rechenschaftslegung allen Wählern zeigen, daß es sich lohnt, an der Durchführung des Nationalen Aufbauwerks mitzuarbeiten.

Die örtlichen Organe der Staatsmacht verfügen von Jahr zu Jahr über größere Finanzmittel, die sich von 2,6 Milliarden DM im Jahre 1951 auf 4,2 Milliarden DM im Jahre 1956 erhöhten. Das Haushaltsvolumen des Rates der Stadt Neuruppin betrug z. B. im Jahre 1950 2,4 Millionen DM und im Jahre 1956 4,5 Millionen DM. Interessant ist dabei die Entwicklung der Ausgaben für die Verwaltung. Diese betrugen 1945 500 000 DM, im Jahre 1950 240 000 DM und im Jahre